UBV- Presseinformation - Diskussion Bauernmilchpreis

Der UBV hält fest: Inflationsbereinigt wäre der Bauernmilchpreis bei 1,10 Euro

Die aktuelle Diskussion zwischen NÖM-Vertretern und der SPAR erzeugt wieder einmal den Eindruck: Es ist ein parteipolitisches Manöver vom ÖVP-Bauernbund, weil man bei den Nationalratswahlen schlecht dastand, im Jänner 2025 in NÖ eine Gemeinderatswahl ansteht und im März 2025 eine Kammerwahl in NÖ stattfindet.
Mit der aktuellen Aktivität will man – so scheint's – verhindern, dass man bei diesen Wahlen weiter abstürzt. Es geht also um den Machterhalt und nicht um die Bauern. Wäre es anders, würde der Bauernbund nicht jetzt plötzlich vor Wahlen die Bauern und ihre Sorgen entdecken.

UBV sieht mit ehrlicher Rechnung den Bauernmilchpreis bei 1,10 Euro

Interessanterweise hat man nicht konkret gesagt, welchen Erzeugerpreis die Bauern brauchen, um ökonomisch wirklich wieder normal über die Runden zu kommen. Als wir vom UBV bereits vor Jahren auf das Missverhältnis – Entwicklung Erzeugermilchpreis und Entwicklung Produktionskosten bei der Milch energisch hinwiesen, wurde dies von den gleichen Akteuren, die jetzt laut um das Bauernwohl schreien, als lachhaft abgetan.

Fakt ist, das wir vor 30 Jahren einen Milchpreis von rund 54 Cent hatten. Heute ist dieser auf der gleichen Basis gerechnet nach wie vor in der gleichen Dimension. Bei unserer aktuellen Rundfrage bewegte sich der Bauernmilchpreis brutto (da die meisten pauschaliert sind) bei 47 bis 56 Cent im Jahr 2024.
Das ist angesichts der Entwicklung der Produktionskosten lachhaft. Die Produktionskosten sind nachweislich um das Vielfache gestiegen, nicht gesunken, wie dies SPAR argumentiert. Daher braucht es einen Erzeugermilchpreis von 1,10 Euro. Dieser Preis ergibt sich, wenn man die Inflation ansetzt, die es seit 1995 gab (rund 97 %). Details siehe bitte in den beiden Anlagen – Milchpreisentwicklung, Kaufkraftverlust!

Dass sich der Erzeugerpreis trotz 3-5-facher Produktionskosten noch immer beim Niveau von vor 30 Jahren bewegt, sollte nicht nur den Bauern zu denken geben, sondern allen anderen in der Branche auch. Dass sich die eigene Vertretung mit dem Hinweis, das sei Sache der Molkereien bzw. das mache der Markt bzw. der LEH bisher aus der Verantwortung geschlichen hat, steht auf einem anderen Blatt Papier.

UBV fordert andere Spielregeln am Markt

Ein Grundproblem der desaströsen Entwicklungen bei den Erzeugerpreisen und damit bei den Einkommen der Bauern sind die komplett „kranken" Spielregeln am Markt, insbesondere auch durch die gemeinsame EU Agrarpolitik GAP. Diese wurde bis zuletzt von all den jetzt aufgeregten Akteuren im Bauernbund für richtig bzw. alternativlos beklatscht. Dabei sind es genau diese falschen Spielregeln, die den Bauernstand ökonomisch ruinieren und deren Existenzen zerstören.
Nachdem der Bauernbund seit 1986 maßgeblich in der Regierung mit den jeweiligen Agrarministern seit bald 40 Jahren mitwirkt, muss sich schon der ÖVP-Bauernbund fragen, was man verschlafen hat oder welche untaugliche Politik – sprich untaugliche Spielregeln man entwickelt hat, die Bauernexistenzen gefährden wie zerstören. Der UBV hat dutzendfach konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, über welche der Bauernbund nicht diskutieren will.

Der UBV fordert konkret folgende Spielregeln

(1) **Eine lückenlose Kontrolle des Handels mit Lebensmitteln in der EU**

Das aktuelle Modell öffnet dem Betrug Tür und Tor. Die Kontrollen sollten dabei AMA, AK und LK erledigen. Derzeit werden nur die Bauern bis zum Blut sekkiert, während der Rest am Markt tun und lassen kann, was er will.

(2) **Maximal 100 % Preisaufschlag bei Lebensmittel für den LEH auf den Einkaufspreis**

Aktuell flutet man mit billigen Importlebensmitteln den Markt und drückt damit die Erzeugerpreise unserer Produkte auf den Boden. Dürfte der LEH nur max. 100 % auf den Einkaufspreis bei Lebensmittel aufschlagen, dann wäre das Dumping mit billigen Importprodukten vorbei. Beispiel: Kauft der LEH-Milch um z.B. 40 Cent günstig irgendwo im Ausland ein, darf er die Milch nur um 80 Cent verkaufen. Die Spanne beträgt für den LEH 40 Cent. Kauft der Handel die Milch um 1,10 Euro hier ein, dann kann er sie um 2,20 Euro verkaufen. Die Spanne beträgt 1,10 Euro. Also 70 Cent mehr als beim Dumping Modell.

(3) **Ein Verbot des Verkaufs bzw. des Handels mit Lebensmitteln aus Ländern, die nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben wie wir hier.**

Es kann nicht sein, dass bei uns alle möglichen Auflagen auf den Bauern abgeladen werden (von der EU, der AMA – also Österreich, den Molkereien und dem Lebensmittelhandel LEH). Wenn man dann auf das Missverhältnis im Zusammenhang mit Importen spricht, ist keiner zuständig. Daher braucht es ein Verbot des Verkaufs/Vertriebs von Lebensmitteln, die nicht die gleichen Auflagen haben, wie wir hier bei uns.

(4) Ehrliche Kalkulation – sprich Leistungsabgeltung

Der Erzeugerpreis für die Bauern muss sich am gleichen Modell orientieren, wie dies generell in der Wirtschaft, in der Produktion weltweit erfolgt:

Aufwandskosten/Produktionskosten + Gewinnaufschlag = Erzeugermilchpreis.

Die aktuelle Gleichung – „liefere mal deine Milch ab, dann schau ma was übrigbleibt, nachdem alle – vom LEH bis zur Molkerei ihre Schäfchen im Trockenen haben, geht nicht mehr".

Der LEH ist kein Feind

Ein gewisses Pharisäertum begleitet die aktuelle Diskussion, den Lieferstreik der NÖM zum SPAR schon. Der LEH ist grundsätzlich kein Feind der Bauern. Der LEH tut nur das, was aus seiner Sicht – kaufmännisch betrachtet – richtig ist. Dabei muss er sich aber auch an Spielregeln halten.

Dass diese Spielregeln genau jene machen, die jetzt konkret SPAR kritisieren, ist Pharisäertum. Denn, die Spielregeln macht das Parlament in Wien oder in Brüssel. Und dort sitzt der ÖVP-Bauernbund und stellt zudem seit 1986 den Minister.

Und nun reibt man sich am SPAR, dem einzigen LEH-Konzern, der noch österreichische Eigentümer hat. Weil die SPAR-Chefs vielleicht nicht so „freundlich" mit den Agrar-Vertretern (alle Bauernbund) reden, wie vielleicht andere, ist SPAR für die Bauernvertretung seit längerem das „Feindbild" im LEH.

Hätte man ordentliche Gesetze gemacht – siehe UBV-Forderungen oben, dann wäre die Diskussion vom Tisch. So soll SPAR für eine billige Wahlkampf Rhetorik der ÖVP herhalten. Das der Bauernbund in NÖ sich zudem nicht zu blöd ist, SPAR betreffs „Kartellverdacht" anzupatzen, grenzt ja an Dummheit.

Milchkrieg: Ablenkungsmanöver vor eigenem Versagen?

So geht ein richtiger Befund, nämlich dass die Erzeugerpreise für die Bauern am Beispiel Milch nicht passen, den Bach hinunter. Generell wünscht man allen Molkereien, dass sie erfolgreich arbeiten, um eine echte Leistungsabgeltung für Bauern zu erwirtschaften. Das ist derzeit nicht der Fall.

Dafür hauen auch die Molkereien (die teilweise als genossenschaftliche Firmen, im Eigentum der Bauern stehen) mit Auflagen auf die Bauern drauf – Stichwort – Tierhaltung plus und drohen ihren Eigentümern – den Bauern – unverhohlen: „Wer nicht unterschreibt, hat mit drastischen Sanktionen, Milchgeldabzug bis hin zur Kündigung der Lieferverträge zu rechnen“! Geht man so mit den (Mit) - Eigentümern um?

Demnach hat auch die NÖM das Modell der Berglandmilch und weiterer mit der Auflage „Unterschreiben des Programms Tierhaltung plus“ ihren Bauern vorgelegt und es wurde dazu kein Widerspruch geduldet.

Ist daher der Milchkrieg also in erster Linie ein Ablenkungsmanöver vorm eigenen Versagen?

Abschließend:
Es braucht eine echte Abgeltung der Leistungen der Bauern, im konkreten Fall jene der Milchbauern. Der aktuelle Erzeugermilchpreis ist noch sehr weit von der ökonomischen Notwendigkeit entfernt.
Wenn es am Markt nicht verdient werden darf, weil die Bürger aus politisch motivierten Gründen „billig essen und trinken“ müssen – in jedem anderen Wirtschaftssektor fragt niemand, was etwas kostet, dann muss es der Staat ausgleichen.
Alles von den Bauern umsonst fordern und nicht bezahlen, das ist kein Geschäftsmodell, sondern ein Bauernvernichtungsprogramm.

PS:
Bei einem Gewinn von 2 Cent je Kilo Milch muss man 50.000 Kilogramm Milch verkaufen, damit man eine Rechnung mit 1.000 Euro vom Gewinn kaufen kann. Man melkt also 6 Kühe mit rund 8.300 Kilo Milch im Jahr, um diese Rechnung begleichen zu können.